

# Keine Steuerreform ohne Strukturreform

---

Der VÖS – Bund der Steuerzahler begrüßt grundsätzlich die heute in den Medien bekanntgegebenen, von der IV aufgestellten Forderungen einer umfassenden Reform des Steuer- und Abgabensystems. Die wachstumshemmende und wirtschaftsfeindliche Höhe der Steuer- und Abgabenlast, im besonderen des Faktors Arbeit, ist weit über dem EU-Durchschnitt und beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Betriebe massiv. Die von der IV geforderte Verbreiterung der Steuerpflicht durch Senkung der Steuerbemessungsgrundlage wird jedoch abgelehnt: Sie trifft die am wenigsten Verdienenden und bringt kaum etwas.

Gleichzeitig ist das Steuersystem so unübersichtlich geworden, dass es den Großteil der Bürger, der die Möglichkeiten und Schlupflöcher gar nicht durchschauen kann, unfair benachteiligt, was – gemeinsam mit der oft unverhältnismäßig langen Verfahrensdauer in Finanzangelegenheiten – das Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert.

**Eine Vereinfachung des Steuersystems ist daher ebenso dringend erforderlich wie eine spürbare Entlastung der Steuerzahler!**

**Da derartige Reformen aber nur dann sinnvoll angegangen werden können, wenn sie finanzierbar sind, hat der VÖS – Bund der Steuerzahler in der Vergangenheit auch grundsätzliche Strukturreformen gefordert:**

Neben einer Fülle von Maßnahmen im Detailbereich wie z.B. ein besseres Controlling bei staatlichen Vorhaben (statt vieler sei auf die alle Kostenvoranschläge sprengenden Bauvorhaben „Brenner-Basistunnel“, „Koralmtunnel“ und „Skylink“ sowie Unregelmäßigkeiten bei Großanschaffungen verwiesen) fordert der VÖS – Bund der Steuerzahler in drei wesentlichen Bereichen Reformen, und zwar:

1. öffentliche Verwaltung (einschließlich ÖBB)
2. Pensionsrecht (einschließlich Beamtenpensionsrecht)
3. Gesundheitswesen

Dazu wäre zunächst eine grundsätzliche Diskussion erforderlich, welche Aufgaben der Staat nun wirklich übernehmen soll (und kann), anstatt immer neue Bereiche der staatlichen Regulierungswut zu unterwerfen.

Die von allen geforderte, aber bisher nur im kosmetischen Bereich vorgenommene Pensionsreform ist nicht nur zur Entlastung des Staatshaushaltes erforderlich, sondern auch für die Lebensplanung der Bürger unabdingbar, um in diesem Bereich weitere Verunsicherungen der Erwerbstätigen zu vermeiden. Gerade die auch von der IV geforderte Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters kann aber nur Hand in Hand mit der Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die ältere Generation gehen.

Auch beim Gesundheitswesen, dessen derzeit diskutierte „Reform“ neben dem Widerstand der Ärztervertretung in Wahrheit eine weitere Kostensteigerung in den nächsten Jahren vorsieht, ist eine dringende Strukturreform und eine Vereinheitlichung der arg zersplitterten Kompetenzen nötig, um

auch in diesem Bereich den Versicherten – und das sind wir alle – wieder Vertrauen in die staatliche Leistungsfähigkeit zu geben.

Für den Inhalt verantwortlich:

Präsident Dr. Manfred Wagner